



## **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

### **74. Sitzung (öffentlich)**

11. November 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 17:40 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)  
Hubert Schulte (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Dr. Hildegard Müller

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

7

Der bisherige Top 9 "Gesetz zur Änderung des Landesjagdgesetzes Nordrhein-Westfalen und anderer Vorschriften" wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Ausschuss kommt überein, den bisherigen TOP 2 „Geruchsbelästigung durch Firma Givaudan – was unternimmt die Landesregierung?“ als TOP 1 zu behandeln und die ursprünglich unter TOP 1 vorgesehenen Haushaltsberatungen erst anschließend aufzurufen, nachdem geklärt ist, ob den Abgeordneten die Ergänzungsvorlage zugegangen ist.

**1 Geruchsbelästigung durch Firma Givaudan – was unternimmt die Landesregierung?** 10

Vorlage 14/2899

Minister Eckhard Uhlenberg (MUNLV) trägt vor.

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)** 14

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/9700

Vorlagen 14/2797, 14/2848 und 14/2870

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 03 – Innenministerium  
(Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Antrag der Grünen, die Haushaltsberatungen auf die nächste Sitzung zu vertagen, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

Die Änderungsanträge der Grünen zu Einzelplan 10 mit den Nummern 1 bis 27 (siehe Vorlage 14/2973; die Nummern der Anträge entsprechen den Seitenzahlen der Vorlage) werden wie folgt **einzeln abgestimmt**:

Die Anträge Nr. 1 bis Nr. 3 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt

Die Anträge Nr. 4 und Nr. 5 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

Die Anträge Nr. 6 bis Nr. 9 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Die Anträge Nr. 10 bis Nr. 22 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Die Anträge Nr. 23 bis Nr. 26 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Der Antrag Nr. 27 der Grünen wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 10 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert angenommen.

Der Einzelplan 03 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

**3 Sachstandsbericht: Untersuchungen von Dioxinfunden in Schafshebern** 36

Vorlage 14/2902

Der Ausschuss stellt Fragen zur Vorlage.

**4 Bisphenol-A-Belastung von Baby-Artikeln** 39

Vorlage 14/2901

Die Vorlage wird diskutiert.

**5 Nitratbelastung durch Gülleimporte nach Nordrhein-Westfalen** 45

Vorlage 14/2898

Der Ausschuss diskutiert über die Vorlage.

**6 Vertragsbruch durch die Landesregierung bei den Planungen für die A 33** 51

Vorlage 14/2920

Der Ausschuss stellt Fragen.

**7 Gesetz über das Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine** 58

Gesetzentwurf  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/9760

Der Gesetzentwurf der Grünen Drucksache 14/9760 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

**8 Gesetz zur Abschaffung des Wasserentnahmeentgeltes** 61

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/9854

Dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/9854 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen zugestimmt.

**9 OVG-Entscheidung zum Bebauungsplan für Steinkohlekraftwerk Datteln** 63

Der Antrag von Johannes Rimmel, den Wirtschaftsausschuss aufzufordern, die geplante Anhörung nicht nach einer verkürzten Frist von 14 Tagen, sondern nach der von der Geschäftsordnung vorgesehenen Zeit von vier Wochen durchzuführen, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

Die Landesregierung erstattet mit Vorlage 14/2951 den von der SPD-Fraktion beantragten Bericht.

**10 Erneute Funde von Gen-Leinsamen in NRW**

67

Minister Eckhard Uhlenberg berichtet.

\* \* \*



Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
74. Sitzung (öffentlich)

11.11.2009

mr-hoe

## **2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/9700

Vorlagen 14/2797, 14/2848 und 14/2870

Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 03 – Innenministerium  
(Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzende Marie-Luise Fasse** teilt mit, Recherchen hätten ergeben, dass die Ergänzungsvorlage heute Mittag in alle Fächer verteilt worden sei.

(Stephan Gatter [SPD]: Die haben wir heute Morgen im Wirtschaftsausschuss schon gehabt!)

Zunächst sei über den Geschäftsordnungsantrag der Grünen, gestellt vor Eintritt in die Tagesordnung, abzustimmen, die Haushaltsberatungen auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Der **Ausschuss** beschließt Folgendes:

Der Antrag der Grünen, die Haushaltsberatungen auf die nächste Sitzung zu vertagen, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt.

**Vorsitzende Marie-Luise Fasse** verweist auf 27 Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die als Tischvorlage verteilt worden seien (siehe Vorlage 14/2973 vom 12.11.2009). Weitere Änderungsanträge lägen nicht vor.

**Friedhelm Ortgies (CDU)** führt aus, heute berate man zum ersten Mal ausführlich über den Haushaltsentwurf 2010. Die CDU/FDP-Koalition der Erneuerung habe in diesem Haushaltsentwurf die Schwerpunkte ihrer Politik in Zahlen gegossen. An drei Schwerpunkten wolle er ihre Ziele darstellen.

Erstens. Agrarpolitik, ländlicher Raum: Nach einem Höhenflug der Erzeugerpreise vor ca. zwei Jahren sei eine sehr starke Ernüchterung eingetreten. Man habe zurzeit eine katastrophale Preissituation in allen Bereichen, nicht nur bei der Milch, sondern in allen Bereichen vom Gemüse bis zum Fleisch. Der Preiskampf der Discounter werde auf dem Rücken der Bauern ausgetragen. Lebensmittel seien mehr wert.

Allerdings könne die Politik keine Preise bestimmen, auch nicht die Erzeugerpreise. Die Landesregierung, die CDU/FDP-Koalition könne nur die Rahmenbedingungen verbessern. In diesem Haushalt habe man in einigen Bereichen in Zahlen dargestellt, welche Rahmenbedingungen man setzen wolle. Dazu gehörten die Förderung der Grünlandwirtschaft, die Erhöhung der Weideprämie, das Agrarinvestitionsprogramm, das immer wieder kritisiert werde. Dieses Programm halte er für sehr wichtig, obwohl er immer wieder höre, es fördere zusätzliche Mehrproduktion. Er sage aber sehr deutlich, die Landesregierung müsse dafür sorgen, dass auch die nächste Generation in Nordrhein-Westfalen noch Landwirtschaft betreiben könne.

Bis 2013 habe man 90 Millionen € zusätzlich aus den Health-Check-Beschlüssen der EU in den ländlichen Raum gegeben – eine wichtige Maßnahme. Die Maxime sei gewesen, es nicht so zu machen wie die vorherige Landesregierung, die Kofinanzierung nicht sicherzustellen und das Geld im Lande zu lassen, statt es nach Brüssel zurückzuschicken.

Die Opposition betone immer wieder, das Geld, das direkt in die landwirtschaftlichen Betriebe fließe, in die sogenannte zweite Säule schieben zu wollen. Die Koalition kämpfe dafür, dass dies nicht geschehe. Man wolle ausdrücklich, dass das Geld direkt in die Betriebe fließe und nicht weiter durch einen Verwaltungsapparat erst gesiebt und letztlich reduziert werde. Er verweise in diesem Zusammenhang auf die Beschlüsse der schwarz-gelben Koalition in Berlin, die vor ein paar Wochen gefasst worden seien. Dort seien 700 Millionen € zusätzlich bereitgestellt worden, von denen 500 Millionen € in den Milchsektor und 200 Millionen € in die Sozialversicherung flössen. Das könne die Wettbewerbsfähigkeit Nordrhein-Westfalens weiter verbessern.

Die Problematik beim Agrardiesel sei ein Punkt, der Nordrhein-Westfalen in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit mit den direkten Nachbarn im Westen zu schaffen mache. Das Land Nordrhein-Westfalen müsse weiter auf gleiche Wettbewerbschancen drängen.

Zweitens. Umwelt, Natur, Klimaschutz: Nordrhein-Westfalen stelle sich den zusätzlichen Aufgaben des Klimaschutzes. Nie sei in diesem Bereich des Haushalts mehr Geld geflossen als zuzeiten von Minister Uhlenberg, obwohl immer das Gegenteil behauptet werde.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das wissen die nicht! Das ist das Schlimme!)

Wichtig seien – er könne nicht alle Punkte aufzählen – die Biomassestrategie und die Förderung nachwachsender Rohstoffe. Diese zusätzliche Einkommensquelle könne die Landwirtschaft in Zeiten sinkender Erzeugerpreise nutzen. Vor zwei Jahren habe man die Teller-Tank-Diskussion geführt, die zurzeit – das könne sich sehr schnell wieder ändern – nicht mehr aktuell sei.

Zu kritisieren sei die Fotovoltaikförderung. In den letzten Tagen und Wochen höre man, dass in den nächsten Jahren immense Summen für die Fotovoltaikeinspeisevergütung ausgegeben werden sollten. Er verbinde seine Kritik mit der Forderung der Landespolitik, möglichst flächensparend zu arbeiten, also keine neuen Baugebiete

auszuweisen und Flächen nicht der Nutzung zu entziehen. Wenn jetzt in vielen Gebieten landwirtschaftliche Ackerflächen durch Fotovoltaikanlagen „verspiegelt“ würden, könne das nicht die Zustimmung der Landesregierung finden. Man sollte die Einspeisevergütung noch einmal überprüfen. Er habe gerade gelesen, dass die Familie Thurn und Taxis in Bayern 160 ha „verspiegeln“ wolle; das seien 1,5 bis 2 Millionen m<sup>2</sup>. Er befürchte, dass dies irgendwann nicht mehr akzeptiert werde.

In Zeiten des Klimawandels werde das Land NRW die Mittel für den Hochwasserschutz ebenfalls aufstocken. Man habe in diesen Tagen und in den nächsten Monaten die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu beraten. In den Bezirksregierungen würden zurzeit vor Ort die Ergebnisse der runden Tische beraten. In diesem Bereich werde der Etat von 22 auf 37,2 Millionen € aufgestockt.

Mit der Qualität der Gewässer – Wasserrahmenrichtlinie – hänge auch die Salzeinleitung durch die Kali & Salz AG in die Weser zusammen. Am Montag hätten sich die Umweltausschüsse der fünf Weser-Anlieger in Hannover getroffen, um über das Thema zu beraten. Dort habe der runde Tisch berichtet. Heute Morgen habe er – Ortgies – gelesen, dass der runde Tisch wohl auch Beschlüsse gefasst habe.

Vielleicht sei man fraktionsübergreifend einer Meinung, dass die Maßnahmen, die die Kali & Salz AG angekündigt habe, nicht ausreichen, um die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie 2015 zu erreichen. Der runde Tisch – Vorsitzender sei Herr Prof. Brinkmann – habe nun doch empfohlen, wie heute Morgen der Presse zu entnehmen sei, die Pipeline zur Nordsee zu bauen. Das sei allerdings noch kein endgültiger Beschluss; es solle noch der Januar abgewartet werden, ob die Kali & Salz AG zusätzliche Maßnahmen ergreife, um die Salze einzudampfen und unter Tage zu verbringen. – Insgesamt hoffe er – Ortgies –, dass dieser positive Beschluss zeitnah durchgeführt werde und dass man die niedersächsischen Freunde überzeugen könne, die sich bei dieser Thematik zurzeit noch etwas zurückhielten.

Er sage ausdrücklich, weil das Arbeitsplatzargument immer wieder angeführt werde, dass diese 5.000 bis 8.000 Arbeitsplätze ausgesprochen wichtig seien. Denn wirkliche Arbeitsplatzsicherung bedeute, umweltfreundliche Techniken einzusetzen und dafür zu sorgen, dass die Firma Kali & Salz AG die nächsten knapp 30 Jahre weiter produzieren könne.

Drittens. Verbraucherschutz: Die Verbraucherzentrale werde in diesem Jahr mit 9,65 Millionen € institutionell gefördert. So viel Planungssicherheit habe es in all den Jahren nie gegeben. Es würden drei neue Beratungsstellen gegründet; das werde zum Schutz der Verbraucher beitragen.

In diesem Zusammenhang erscheine ihm die Kennzeichnung von Lebensmitteln wichtig, die in der letzten Zeit immer wieder diskutiert worden sei. Für die Verbraucher müsse sofort und eindeutig ersichtlich sein, was sie äßen, da immer mehr Imitate auf den Markt kämen. Die Ampel, die zeitweise diskutiert worden sei, erscheine der CDU als zu simpel, zu schlicht und eher irritierend als zielführend. Da müsse man zu neuen Erkenntnissen kommen.

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
74. Sitzung (öffentlich)

11.11.2009

mr-hoe

Bedeutsam sei auch das Schulobstprogramm, das das Land im Jahre 2010 mit 2 Millionen € durchführen wolle: Äpfel und Birnen statt Pizza und Döner. Das Programm werde die Gesundheit der Kinder verbessern.

Wichtig sei auch, das Schulmilchprogramm weiterzuführen, um den Appetit der Kinder und späteren Verbraucher auf Milch zu steigern. Damit diene es nicht nur dem Verbraucherschutz, sondern auch der Absatzförderung.

Fazit: Trotz der schweren Wirtschaftskrise habe der Finanzminister einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt, dessen Nettoneuverschuldung nicht so hoch sei wie vor Jahren, als es dem Land wirtschaftlich wesentlich besser gegangen sei. Bezogen auf den Einzelplan 10 sei er – Ortgies – sicher, dass man das Jahr 2010, finanztechnisch gesehen, gut überstehen werde.

**Svenja Schulze (SPD)** wiederholt ihre Kritik am Verfahren. So etwas hätte sich eine grüne Umweltministerin nicht leisten können.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Pausenlos! – Holger Ellerbrock [FDP]:  
Mehrfach!)

So könne man mit dem Parlament nicht umgehen.

Zum Schulobstprogramm sei heute Morgen im Schulausschuss gesagt worden, die 2 Millionen € stünden in der Ergänzungsvorlage. Beim ersten Durchblättern habe sie das nicht gefunden.

Der vorgelegte Haushalt – ohne Ergänzungsvorlage – enthalte keine neuen Initiativen und Anregungen. Der Umwelthaushalt sei die Melkkuh für den Gesamthaushalt. Angesichts der großen Herausforderungen des Klimawandels könne man bei diesem Haushalt den Eindruck gewinnen, dass die Landesregierung den DB-Slogan aufgegriffen habe: Alle reden vom Klimaschutz, wir nicht. – Allerdings tue die DB etwas, statt zu reden, während die Landesregierung nichts tue, aber viel darüber rede.

Seit 2005 gebe es in diesem Haushalt immer weniger Mittel, immer weniger Personal und immer weniger Inhalte. Das Einzige, was die Landesregierung schaffe, sei, viel heiße Luft zu organisieren. Sie – Schulze – wolle darauf verzichten, darauf aufmerksam zu machen, wo Nordrhein-Westfalen inzwischen in den nationalen Rankings stehe. Auch das sei ein Hinweis darauf, wie weit Nordrhein-Westfalen in der Zwischenzeit zurückgefallen sei.

Am merkwürdigsten finde sie, dass die Landesregierung rot-grün-blind sei. Grundsätzlich würden alle Projekte, die Rot-Grün angestoßen habe, gekürzt. Ohne zu prüfen, ob die Projekte sinnvoll seien, werde der Rotstift angesetzt. Das könne man zum Beispiel bei der NRW-Stiftung oder dem Naturschutz nachweisen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Meinen Sie die Lotteriemittel?)

Sie frage sich, wie diese wegfallenden Mittel kompensiert werden sollten. Damit seien vor Ort sehr gute Projekte finanziert worden. Den Kommunalen werde die Möglichkeit genommen, vor Ort etwas zu tun, weil in der Stiftung inzwischen so wenig

Geld sei. Aus anderen Projekten komme das auch nicht. Das sei typisch. Auch zum ehrenamtlich betriebenen Naturschutz falle der Landesregierung nichts ein – außer die Ehrenamtlichen wieder mit Füßen zu treten.

Die Landesregierung betreibe den Ausverkauf des Waldes; das habe man beim letzten Mal schon diskutiert. Dort, wo der Wald nicht verkauft werde, wie zum Beispiel in Sundern, könne man sich davon überzeugen, was die Landesregierung unter nachhaltiger Waldwirtschaft verstehe: alles mit Stumpf und Stiel herausziehen und Böden hinterlassen, auf denen überhaupt nichts mehr wachse. Das sei die Politik der Landesregierung.

Wenn schon Umwelt- und Naturschutz abgemeldet seien, könnte man auf die Verbraucherpolitik hoffen. Da höre sie schöne Worte – so viel Verlässlichkeit habe es noch nie gegeben –, aber ihr fehle der Glaube. Die Landesregierung lobe sich. Wenn man sich aber einmal die Zahlen anschauere, stelle man fest, dass die Mittel in der Verbraucherarbeit seit 2005, dem letzten Haushalt von Rot-Grün, nicht gestiegen, sondern gesunken seien. Die SPD freue sich über die kleine Erhöhung, die dieses Mal für die drei Beratungsstellen drin sei. Aber insgesamt sei der Bereich Verbraucherpolitik seit 2005 gekürzt worden. Sie frage sich, wie arm eine Landesregierung dran sein müsse, um sich für einen so kleinen Beitrag so überschwänglich zu loben.

Der Umwelthaushalt sei seit 2005 die Melkkuh; da werde verkauft, gestrichen, reduziert. Die Landesregierung habe keine eigenen Ideen, wie man im Naturschutz vorankomme, wie man Umwelt- oder Klimaschutzpolitik betreibe. Das sei für sie wohl ein Teil der Wirtschaftspolitik; man wisse nicht genau, wo das überhaupt angesiedelt sei. Die Verbraucherpolitik sei auch abgemeldet. Der Einzelplan 10 sei also ein einziger Steinbruch. Man werde das im Parlament noch ausführlich diskutieren. Diesen Haushalt könne man nur ablehnen. Die SPD habe keinen Versuch gemacht, das über Änderungsanträge zu heilen, weil das zwecklos wäre. Das wolle man dem Parlament nicht zumuten.

Auch **Johannes Remmel (GRÜNE)** nimmt zunächst grundsätzlich zum Haushalt Stellung. Einige formale Anmerkungen vorweg:

Unter dem Strich gebe es keinen einzigen Änderungsantrag vonseiten der CDU, obwohl Friedhelm Orgies eben mindestens 20 Minuten vorgetragen habe.

(Friedhelm Orgies [CDU]: Jetzt übertreibst du!)

Das mache deutlich, welches Gewicht die CDU der Haushaltsdebatte beimesse und welche herausragenden Initiativen die CDU im Bereich der Umwelt-, Verbraucher- und Landwirtschaftspolitik einbringe.

(Clemens Pick [CDU]: Warum auch?)

Der Abgeordnete ist der Auffassung, dass man die Haushaltsberatungen entwerte, wenn die Fraktionen im Fachausschuss keine Anträge stellten. Diese Kritik richte sich auch an die große Oppositionsfraktion. Ohne Initiativen aus dem Parlament begeben sie sich jeder Möglichkeit, Veränderungen im Haushalt durchzusetzen. Das

zeuge nicht von dem Willen, diesen Haushalt zu gestalten. Im Mai/Juni nächsten Jahres werde man sich schon Gedanken machen müssen, wie man den Haushalt verändern wolle. Die Grünen hätten mit ihren Anträgen deutlich gemacht, wie sie sich einen anderen Haushalt vorstellten.

Eine Grundsatzbemerkung in Richtung CDU/FDP: Man berate hier im Umweltausschuss den Umweltetat des Umweltministers. Friedhelm Ortgies habe seinen Beitrag mit der Landwirtschaft begonnen, einen kleinen Schlenker zum Klimaschutz gemacht, um dann wieder bei der Landwirtschaft zu landen. Damit werde deutlich, mit welchem Problem man zu kämpfen habe.

(Rainer Deppe [CDU]: Das ist hier auch der Landwirtschaftsausschuss!)

Man habe fünf Jahre Umweltpolitik unter dem Diktat der Landwirtschaft erleben müssen. Das sei zwar nicht in allen Bereichen ein größeres Problem, aber in den meisten, weil man zum einen keine eigene Dynamik im originären Feld Umwelt habe und zum Zweiten alle anderen Bereiche wie Naturschutz, Verbraucherschutz, Flächenpolitik dem Diktat der Landwirtschaft untergeordnet würden – einer Landwirtschaft, die nicht etwa an der Zukunft des ländlichen Raumes orientiert sei, sondern an der Weltmarktpolitik. Das halte man für den grundsätzlich falschen Politikansatz, der dringend verändert werden müsse.

Man müsse sich die Frage stellen, was ein Umweltetat enthalten müsse und was man von einem Umweltminister erwarte. Ohne sich auf Ban Ki-moon oder Obama zu beziehen, aber wenn man die Zeitungen der letzten Tage, Wochen und Monate auswerte, gebe es eine große Chance für eine neue wirtschaftliche Dynamik: ein grüner Markt, grüne Technologien, grüne Produkte, die Umweltwirtschaft. All das erwähnten die Koalitionsfraktionen mit keinem einzigen Wort, und es tauche auch im Regierungshandeln nicht auf.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das weißt du gar nicht!)

Wenn es eine Prägung des Landesumweltministeriums gäbe, müsste sie im Bereich der Umweltwirtschaft liegen. Die Verbindung von Umwelt mit der Perspektive auf neue Arbeitsplätze sei doch die Zukunft. Dort hätten die Anträge der Grünen einen gewissen Schwerpunkt gesetzt.

Der zweite Punkt, der das MUNLV prägen müsste und den die Grünen ebenfalls vermissten, wäre ein größerer Schwerpunkt im Bereich der Durchsetzung des Grundrechts auf Gesundheit. Das betreffe alle Medien: die Luft, das Wasser, die Böden. – Dort habe Nordrhein-Westfalen Probleme. Er wolle nicht ausführlich auf das Problem des Eintrags von Stoffen ins Wasser oder auf das Thema Umweltzonen eingehen. Auch Lärm sei eine große Herausforderung. Hier seien entsprechende Mittelerrhöhungen notwendig.

Zum Naturschutz: Friedhelm Ortgies habe eben verkündet – wahrscheinlich unter Berufung auf externe Stellen –, dass noch nie so viel Geld im Naturschutzbereich ausgegeben worden sei wie unter dieser Regierung. Er – Remmel – wolle einige

Zahlen nennen, um auf einer realen Grundlage zu diskutieren. 2003 hätten im originären Naturschutzhaushalt 31 Millionen € im Soll gestanden, und nun stünden 17 Millionen € im Soll. Der Naturschutzetat sei also fast halbiert worden – ein Ausdruck der politischen Entwicklung. Die Grünen wollten für den gegenteiligen Weg werben. Wenn man weltweit über Artensterben rede, wenn man das unter der Überschrift Klimawandel betrachte, müsse es eine neue Herausforderung geben, das wertvolle Naturerbe Nordrhein-Westfalens, dauerhaft zu sichern und auszuweiten. Deshalb schlugen die Grünen vor, eine neue, etwas vom Staat unabhängige Struktur zu schaffen, um eine dauerhafte Sicherung des Naturerbes unter einem neuen Dach auch für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Auch beim Verbraucherschutz sähen die Grünen gerade unter dem Vorzeichen der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht, dass die Landesregierung gleiche Augenhöhe zwischen den Anbietern, dem Handel, der Wirtschaft sowie den Verbraucherinnen und Verbrauchern herstelle. Gleiche Augenhöhe brauche man, aber es passiere genau das Gegenteil. Wenn man die Wirtschaftsseiten der Zeitungen anschau, seien neue Blasen im Anmarsch, und die Zeit sei nicht genutzt worden, die Verbraucherinnen und Verbraucher stark zu machen. Das wäre durch mehr Verbraucherberatungsstellen möglich. Die Grünen schlugen erneut vor, 20 zusätzliche Stellen für diesen Bereich einzurichten. Aber auch weitere Möglichkeiten zur Stärkung der Verbraucherrechte habe diese Landesregierung bisher nicht genutzt.

Ländlicher Raum: Wie von den Grünen in den letzten Jahren prognostiziert, stehe man im Moment vor der Situation, dass sich die Gewichte verschöben. Mit Blick auf 2013 würden sie sich noch erheblich mehr verschieben. Die Landesregierung könne jedes Jahr erneut betonen, dass sie es gerne anders hätte, aber die Welt um NRW herum verändere sich, und die Verschiebungen gingen eindeutig Richtung Modulation, Richtung zweiter Säule, was die Grünen auch richtig fänden. Nordrhein-Westfalen habe aber keine Vorsorge getroffen, dies auch wirklich in regionale Projekte und Programme münden zu lassen. Eine regionale Unterstützung von Strukturen sei nur auf der Basis von regionalen Konzepten sinnvoll.

Unter dem Strich kämen die Grünen zu dem Schluss, dass dieser Haushalt, wenn er so verabschiedet werden sollte, wie er eingebracht worden sei, nicht zustimmungsfähig sei. Die Grünen machten aber deutlich, wie man ihn moderat, aber akzentuiert in eine richtige Richtung verändern könnte.

**Holger Ellerbrock (FDP)** betont, die Verfahrensweise der Haushaltsberatung sei noch zu verbessern.

Er bitte, mit Vorwürfen vorsichtig umzugehen. Früher habe er beim Vorgänger von Svenja Schulze, Dr. Kasperek, die Arroganz der Macht kennengelernt.

Man sollte tatsächlich intensiv darüber nachzudenken, ob es richtig sei, Anträge nur im HFA, aber nicht im Umweltausschuss zu behandeln. Andererseits könne er – Ellerbrock – sich vorstellen, wenn die Koalitionsfraktionen mit zehn Änderungsanträgen zum Einzelplan 10 gekommen wären, hätten die Grünen sofort eine Pressemitteilung

herausgegeben: Zwietracht zwischen Regierung und Koalition, Haushalt abgelehnt, Streit in der Koalition.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Nie würde ich das sagen!)

Johannes Remmel habe beklagt, dass der ländliche Raum bei Friedhelm Ortgies einen besonderen Stellenwert habe. Das sei richtig. Im Unterschied zur Vorgängerregierung sei man der Überzeugung, der ländliche Raum sei ein eigenständiger Wirtschafts- und Lebensraum und nicht wie früher eine Restfläche zur freien Verfügung für Ökospielchen und anderes. Deswegen habe Friedhelm Ortgies recht zu betonen, die Wirtschaftsweise im ländlichen Raum, Landwirtschaft, habe einen besonderen Stellenwert, auch wenn man die Umsatzzahlen und die Bedeutung der Nahrungsmittelindustrie betrachte.

Svenja Schulze habe gesagt, im Ranking im Umweltbereich liege Nordrhein-Westfalen ganz hinten. Die Kollegin habe recht, wenn man das Blatt falsch herum halte. Man müsse ein Ranking eben lesen können.

Er gebe Friedhelm Ortgies auch recht, dass man im EEG die Einspeisevergütung prüfen müsse. Man müsse sich fragen – die Stromkunden müssten es bezahlen –, ob es verantwortbar sei, zum Beispiel die Fotovoltaik, in dem Maße zu fördern, wie das heute geschehe. Man könne es den Leuten nicht übel nehmen, wenn sie die Rahmenbedingungen nutzten und Fotovoltaikanlagen errichteten. Die Rahmenbedingungen müssten geändert werden.

Hinsichtlich der Umwelt- und Naturschutzpolitik habe sogar der NABU bestätigt, dass es noch nie so viele finanzielle Mittel gegeben habe. Der NABU sage so etwas nicht ohne Grund. Man müsse genau darauf achten, welche Beträge für Naturschutzpolitik und ihre Verästelungen ausgegeben worden seien.

Zum Trinkwasser: Das Gespenst PFT sei bewältigt, weil es angegangen worden sei. Die Landesregierung habe vor Ort beraten und sei Schritt für Schritt vorgegangen – sicher nicht so spektakulär wie Frau Höhn, aber dafür effizienter. Dieses Problem sei von der alten auf die neue Regierung überwältzt worden, weil die alte nichts getan und den Kopf in den Sand gesteckt habe und nun rufe: „Haltet den Dieb!“, was bei der Öffentlichkeit nicht so gut angekommen sei. Das Vorgehen der neuen Landesregierung wisse inzwischen auch die öffentliche Meinung anzuerkennen.

Die Biologischen Stationen hätten genauso wie die Verbraucherzentrale etwas weniger Geld bekommen. Das sei aber mit einer verlässlichen Planungssicherheit über die gesamte Legislaturperiode überkompensiert worden. In der Koalition sei man sich einig, in der nächsten Legislaturperiode dieses System der langfristigen Orientierung und Planungssicherheit fortschreiben zu wollen. Herr Müller von der Verbraucherzentrale NRW habe dies nicht nur mitgetragen, sondern ausdrücklich begrüßt und für das richtige System gehalten. Die alte Landesregierung habe den verantwortlichen Leitern der Verbraucherzentrale und der Biologischen Stationen zugemutet, dass sie die Verträge ihrer Mitarbeiter zum Ende des Jahres wegen der Unkalkulierbarkeit der jährlichen Zuweisungen hätten kündigen müssen. Die Leute hätten vielleicht sogar in die Arbeitslosigkeit gehen müssen und seien unter Umständen wieder eingestellt

worden. Das sei für die zuständigen Leiter sehr unangenehm und für die Betroffenen erniedrigend gewesen. Dieses menschliche Leid sei durch die langfristige Orientierung abgewendet worden. Darauf sei er – Ellerbrock – ein bisschen stolz.

Beim Lärmschutz hätten alte und neue Landesregierung versucht zu locken. Es seien immer Mittel etwa für Lärmschutzplanungen, Lärmkarten bereitgestellt worden. Die Gelder seien von den Kommunen nicht abgerufen worden. Denn wer von etwas wisse, müsse handeln. Deshalb habe man es vorgezogen, nichts zu wissen. – Die Anreize und die Beratungen seien verstärkt worden. Nach seiner Ansicht laufe es noch zu langsam an, aber es laufe an.

Svenja Schulze habe das Verschern von Wald angesprochen. Die Landesregierung habe Wald verkauft – ein für viele Kolleginnen und Kollegen schmerzhafter Prozess. Wald sei mehr als ein Ökofaktor und mehr als ein ökonomischer Faktor. Wald sei auch ein emotionaler Faktor. Aber aus dieser einmaligen Konsolidierungsleistung des MUNLV seien auch Maßnahmen des Hochwasserschutzes, der für ihn absolute Priorität habe, finanziert worden. Wenn er das ganze „Theater“ des letzten Jahres Revue passieren lasse – er sage bewusst Theater, weil es zielgerichtet von einzelnen Personen gesteuert gewesen sei –, herrsche heute Ruhe, Ruhe bis hin zum Einvernehmen.

Wenn man den Blick zurückschweifen lasse, so habe man jährlich einen Gammelfleischskandal gehabt. Zum Glück – Glück habe nur der Tüchtige – habe der neue risikobasierte Prüfungsansatz Erfolge gezeigt. Man prüfe dort, wo man berechnete Zweifel habe, dass etwas nicht in Ordnung sei. Das sei der richtige Weg: Schritt für Schritt ohne Getöse.

Er sei froh, dass bei den Lebensmittelkontrolleuren ein Entlastungsschritt erfolgt sei, wenn auch nicht in der Weise, wie man sich das vorgestellt habe, aber das sei so schnell nicht machbar. Die Assistenten, die in Ausbildung seien und in der ersten Zeit sogar vom Land bezahlt würden, um dann von den Kommunen übernommen zu werden, bedeuteten einen wesentlichen Schritt voran. Das Getöse, das veranstaltet worden sei, das seien keine richtigen Lebensmittelkontrolleure, zeuge von absoluter Unwissenheit. Denn es müssten Meister oder Techniker sein, die noch eine Zusatzausbildung erführen. Lebensmittelkontrolleure seien entweder nicht am Markt oder hätten eine lange Ausbildungszeit. Anders sei es nicht machbar. Auch hier müsse man Schritt für Schritt vorgehen, die Leute ausbilden und den Kommunen Hilfestellung für die Einstellung geben, damit sie sähen, das sei ein vernünftiger Weg.

Er begrüße auch, dass der Ansatz für die Landesgartenschau im Gegensatz zum Antrag der Grünen beibehalten worden sei. Die Landesgartenschau sei nicht nur ein ökonomischer Faktor – die Grünen beklagten aus ihrer Sicht zu wenig Ökologie; das werde unterschiedlich gesehen –, sondern auch etwas fürs Gemüt und habe etwas mit dem Begriff Heimat zu tun. Die letzte Gartenschau in Rietberg habe einen unerwartet großen Erfolg gebracht. Man sei wohl gut beraten, gerade in Klein- und Mittelstädten Landesgartenschauen zu fördern.

Johannes Remmel habe beklagt, es werde zu wenig für die den Erhalt der Artenvielfalt getan. Eine seiner – Ellerbrocks – Thesen sei es, das genetische Reproduktionspotenzial zu erhalten. Man gehe zwar einen anderen Weg als die Grünen – darüber könne man streiten –, aber zu sagen, da werde nichts getan, stimme nicht. Einmal wolle man durch die „Allianz für die Fläche“ Fläche erhalten. Denn die Anforderungen an die Fläche im landwirtschaftlichen Bereich – Nahrungsmittelproduktion, Ausgleichsfläche und Energielieferant – stehe in Konkurrenz zum Siedlungsbau. Da müsse man die Landwirtschaft stützen, deswegen: Allianz für die Fläche. Die Grünen hätten sich dafür ausgesprochen, möglichst viel Fläche für Natur- und Landschaftsschutz auszuweisen. Die Koalitionsfraktionen wollten 1:1 umsetzen, was in Anspruch genommen werde, und werteten auf. Das heiße, auf der gleichen Fläche werde aufgewertet und eben mehr für den Naturschutz getan. Das müsste eigentlich die Anerkennung der Grünen finden. Denn neben aller Kritik im Detail – darüber könne man reden –, sei doch das System eigentlich richtig.

Er wolle auf den Antrag der Grünen eingehen, für die Landwirtschaftskammer 10 Millionen € weniger in den Haushalt einzustellen.

(Svenja Schulze [SPD]: Lesen würde bilden!)

All das, was die Grünen finanzieren wollten, solle den Ansatz der Landwirtschaftskammer schmälern. Es sei zu überlegen – die Landwirtschaftskammer sei zusammengefasst worden und befinde sich in einer Stabilisierungsphase –, ob es richtig sei, die Menschen weiter in Unruhe zu versetzen. Er – Ellerbrock – sei immer dafür eingetreten, Wald und Holz in der Landwirtschaftskammer zu belassen. Rot-Grün habe die Gründung des Landesbetriebs Wald und Holz ohne Finanzierungshintergrund durchgesetzt. Die Koalitionsfraktionen hätten den Finanzierungshintergrund geschaffen. Er hätte diese Gründung gerne rückabgewickelt. Man habe sich aber entschieden, das nicht zu tun, der Menschen wegen. Man könne ihnen nicht zumuten: Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln.

Was Friedhelm Ortgies zur Landwirtschaft gesagt habe, sei in Ordnung gewesen. Der ländliche Raum mit dem Wirtschaftsfaktor Landwirtschaft habe für die Koalition eine Bedeutung – für ihn, Ellerbrock, ebenfalls –, nicht nur als ökologischer Ausgleichsraum, sondern auch als eigenständiger Wirtschafts- Lebens- und Entwicklungsraum.

**Minister Eckhard Uhlenberg** sieht sich in der Lage, mit dem Zahlenwerk des Haushaltsplanentwurfs 2010 die dem Umweltministerium gestellten Aufgaben zu erfüllen. Der Entwurf baue auf den Haushaltsplänen der vergangenen Jahre auf. Er gebe gerne zu, dass ein Minister immer mehr Geld gebrauchen könnte. Er gebe auch gerne zu, dass insbesondere nach dem Jahre 2005, als CDU und FDP ans Ruder gekommen seien, in vielen Bereichen sehr einschneidende und schmerzliche Sparmaßnahmen im Haushaltsplan durchgeführt worden seien. Mit den steigenden Steuereinnahmen der vergangenen Jahre, habe man aber in allen Bereichen wieder ein höheres Niveau erreicht. Wenn man sich die Zahlen für das Jahr 2010 anschauere, gebe es keinen Bereich, bei dem weniger Geld ausgegeben werde. Das heiße für ihn

als Minister des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, vor dem Hintergrund dieses Zahlenwerks in der Lage zu sein, die Herausforderungen im Bereich der Umweltpolitik, des Verbraucherschutzes, Naturschutzes und der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen anzunehmen. Denn er sei in der Lage, die Dinge zu finanzieren. Er wolle allen danken, die daran mitgewirkt hätten. Ein Ergebnis dieser intensiven Beratungen, auch mit dem Finanzminister, sei, dass in den zentralen Bereichen seines Ministeriums im nächsten Jahr trotz der Steuerschätzung, die gestern erfolgt sei, nicht weniger, sondern mehr Geld zur Verfügung stehe.

Das gelte auch für den Naturschutz. Von 2005 bis 2010 habe man die Landesmittel für den Naturschutz von 47,1 Millionen € auf 54,8 Millionen € erhöht. Es sei also nichts abgebaut worden. Hinzu kämen noch die europäischen Mittel aus dem ELER-Programm. Er wolle das Thema nicht strapazieren, aber wenn insbesondere die Naturschutzverbände in Nordrhein-Westfalen erklärten, der Umweltminister sei mit seiner Naturschutzpolitik auf einem guten Wege, nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch, weil er das Vertrauen der Landwirte im Hinblick auf die Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen habe, nehme er diese Äußerung gerne zur Kenntnis.

Bei den Biologischen Stationen herrsche im Moment Planungssicherheit.

Die Mittel für die Wasserrahmenrichtlinie seien im Haushaltsplan 2010 deutlich angehoben worden. Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie sei in den nächsten Jahren ein Kernanliegen der Politik der Landesregierung. Jenseits der Zahlen sei bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie noch kein anderes Bundesland so weit wie Nordrhein-Westfalen. Das hänge auch mit dem System der runden Tische zusammen. Es gebe keine arrogante Politik aus Düsseldorf, die den Menschen in der Region vorschreibe, was gut für sie sei, sondern bei einem so sensiblen Thema gehe man in die Regionen, um mit den Menschen vor Ort zu sprechen. Heute Morgen sei er im Kreis Borken gewesen, einem Gebiet, das landwirtschaftlich intensiv genutzt werde, und habe dieses Thema mit den Menschen diskutiert. Das sei der richtige Weg.

Im Verbraucherschutz sei eine Erhöhung um 8,8 Millionen € auf 9,65 Millionen € zu verzeichnen. In keinem anderen Bundesland gebe es in der jetzigen finanziellen Situation neue Verbraucherberatungsstellen. Mit drei neuen Verbraucherberatungsstellen sei Nordrhein-Westfalen einzigartig; darauf sei er stolz. Über die Landtagswahl hinaus werde er daran arbeiten, die restlichen weißen Flecken, die man im Jahr 2005 geerbt habe, zu schließen.

Er sei auch stolz auf all die Verbesserungen in finanzieller und organisatorischer Hinsicht im Bereich Verbraucherschutz: Lebensmittelkontrolle, Zusammenführung von kommunalen und staatlichen Lebensmitteluntersuchungsämtern. Vorher sei zehn Jahre lang diskutiert worden; kommunaler und staatlicher Bereich hätten sich gegenseitig hochgeschaukelt. Der Gammelfleischskandal sei 2006 gewesen. Seitdem sei es ruhig. So etwas könne immer wieder passieren; es gebe keine hundertprozentige Sicherheit. Die Maßnahmen, die man damals in finanzieller, organisatorischer und personeller Hinsicht auf den Weg gebracht habe, seien richtig gewesen.

Das Thema NRW-Stiftung hätte Svenja Schulze nicht aufgreifen, sondern sich mit Wolfram Kuschke kurzschließen müssen, der gestern ebenso wie er – Uhlenberg – an der Sitzung der NRW-Stiftung teilgenommen habe. Dort gehe es nicht um Landes-, sondern Lottomittel. Der Leiter der Geschäftsstelle von Lotto in Nordrhein-Westfalen habe gestern überzeugend dargelegt, dass die Lottoeinnahmen in diesem Jahr etwas rückläufig seien. Svenja Schulze erwarte wohl nicht vom Land, diese Mittel durch Landesmittel zu ergänzen, zumal man die Mittel in allen anderen Bereichen mit einer originären Zuständigkeit des Landes für den Naturschutz deutlich angehoben habe. Trotzdem gebe es ein hohes Maß an Stabilität der Mittel aus Lottoeinnahmen. In diesem Jahr gingen sie von 6,5 auf 6,1 Millionen € leicht zurück. Aber insgesamt stünden im nächsten Jahr wie im letzten Jahr durch die NRW-Stiftung 8 Millionen € für Naturschutz, Denkmalpflege und Kulturförderung zur Verfügung. Hier von einem Steinbruch zu reden, in dem die Mittel reduziert würden, gehe zumindest aus den Zahlen nicht hervor.

Zur Klimapolitik: Es sei richtig, dass diese Landesregierung das Thema Klimafolgenabschätzung auf den Weg gebracht habe. Im vergangenen Jahr habe man für den wichtigen Bereich, welche Auswirkungen der Klimawandel auf Nordrhein-Westfalen und die Forschungen in den Bereichen Hochwasserschutz, Land- und Forstwirtschaft habe, 10 Millionen € zur Verfügung gestellt. Das sei gut angelegtes Geld. In dem Bereich, der bei der Klimapolitik in den Bereich des Umweltministeriums falle, werde ebenso wie im Wirtschaftsministerium alles, was möglich sei, getan.

Johannes Rimmel habe recht, das Thema Umweltwirtschaft spiele in Nordrhein-Westfalen eine große Rolle. Hier gebe es 250.000 Arbeitsplätze – Tendenz zunehmend. Bei der Umweltwirtschaft sei der Haushaltsplan nicht besonders gefordert; auch dort hätten die Mittel zugenommen. Es gehe darum, die Effekte, die man durch den Dialog Umwelt und Wirtschaft auf den Weg gebracht habe, zu nutzen. Das gelte natürlich auch für das Grundrecht auf Gesundheit, wie es Johannes Rimmel bezeichnet habe, das als Überschrift erhalten könnte. Wenn er sich die Fortschritte beim Luftreinhalteplan Ruhrgebiet und die Themen „Einführung der Umweltzonen“, „Wasserqualität“ – bei der Wasserqualität habe Nordrhein-Westfalen in der Zwischenzeit etwa mit dem Programm Reine Ruhr eine Vorreiterrolle übernommen – ansehe, sei viel auf den Weg gebracht worden.

Er wolle heute keine vertiefte PFT-Diskussion führen.

Es sei gesagt worden, es gebe keine regionalen Konzepte für den Bereich ländliche Entwicklung. Man habe das Programm „Ländliche Entwicklung – Programm für den ländlichen Raum“ 2007 bis 2013, das auf einer breiten Ebene in Nordrhein-Westfalen mit vielen beteiligten Organisationen und Akteuren aus dem ländlichen Raum diskutiert und verabschiedet worden sei. Damit sei man in der Lage, in den ländlichen Räumen im Bereich der örtlichen Strukturen – dazu gehöre auch die Landwirtschaft; das müssten die Grünen akzeptieren – Schwerpunkte zu setzen, insbesondere zur Strukturverbesserung.

Dass die Grünen weiterhin die Landwirtschaftskammer abschaffen wollten, gehöre zur politischen Auseinandersetzung. Die Landesregierung setze auf weniger Staat

und auf Selbstverwaltung. Wie mit den Biologischen Stationen oder den Verbraucherzentralen habe man auch mit der Landwirtschaftskammer NRW im Jahre 2005 eine Rahmenvereinbarung getroffen. Die Landwirtschaftskammer müsse jedes Jahr 1,5 Millionen € einsparen.

Bei den Landesgartenschauen sei Rietberg außerordentlich erfolgreich gewesen. Hemer werde im nächsten Jahr ein großer Erfolg werden, und er freue sich auf die Eröffnung der Landesgartenschau 2014 in Zülpich. Die Menschen besuchten die Landesgartenschauen mit Begeisterung; sie seien in der Tat ein Publikumsmagnet. Viele nähmen auch Anregungen für ihren örtlichen Garten mit. Er verstehe nicht, dass man die Landesgartenschauen nach dem großen Erfolg in Rietberg zur Disposition stellen könne.

Abschließend wolle nur noch einmal an den Nachtrag erinnern, der auf den Weg gebracht worden sei. Das sei aber früher bei der rot-grünen Landesregierung nicht anders gewesen, dass während des Beratungsverfahrens weitere Punkte verabschiedet worden seien. Das hänge mit der Steuerschätzung zusammen. Auf den Haushaltsplan des MUNLV habe die Ergänzung keine gravierenden Auswirkungen.

Es gehe einmal um die Floriade an der deutsch-niederländischen Grenze, auf holländischem Boden, an der man sich in einer Größenordnung von 2,5 Millionen € beteiligen wolle, und um 19 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen, um die europäischen Programme mitfinanzieren zu können. Er sei stolz darauf – das sei nicht in allen Bundesländern der Fall –, dass Nordrhein-Westfalen in der Lage sei, alle EU-Programme kofinanzieren. Das sei nicht immer so gewesen.

Durch diesen Haushaltsplan werde eine seriöse Grundlage für eine gute Umweltpolitik auf den Weg gebracht, die von allen Fraktionen getragen werden könnte.

**Friedhelm Ortgies (CDU)** verstärkt die Aussage des Ministers, dass der Haushalt durch die Ergänzung nur marginal verändert werde, sodass man ihn heute beraten und beschließen könne.

Bei den Änderungsanträgen von Johannes Remmel handle es sich um alten Wein in neuen Schläuchen. Die alten Anträge des letzten Jahres seien mit neuen Nummern versehen und wieder vorgelegt worden. Die Grünen pflegten ihre alten Feindbilder wie Landwirtschaftskammer oder Landesgartenschau und hätten als Gegenfinanzierung zum Beispiel auch die Einführung einer Kiesabgabe vorgesehen. Diese Gegenfinanzierung halte er – Ortgies – in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten für ausgesprochen problematisch.

Zu dem Vorwurf von Johannes Remmel, im Ausschuss herrsche das Diktat der Landwirtschaft: Er – Ortgies – habe sich eine Übersicht erstellen lassen, welche Themen man in den letzten Jahren im Ausschuss beraten habe. Seit 2005 seien über 400 Anträge beraten worden: 111 im Bereich Landwirtschaft, 183 im Bereich Umwelt und Naturschutz und 117 im Bereich Verbraucherschutz. Ein Drittel entfalle also auf die Landwirtschaft. Wenn das den Grünen zu viel sei, werde man das weitererzäh-

len. Wenn die Grünen alte Feindschaften pflegten, kämen sie nicht weiter und würden auch nicht auf die Beine kommen.

**Wolfram Kuschke (SPD)** macht vier Anmerkungen.

Erstens. Wenn der Minister mit seiner Aussage zum Ablauf der Sitzung der NRW-Stiftung habe suggerieren wollen, dass er – Kuschke – sich der Meinung von Dr. Wortmann angeschlossen habe, gebe es dazu keinerlei Veranlassung. Er habe im Auftrag seiner Fraktion mit Herrn Dr. Wortmann vor einigen Wochen ein Gespräch geführt und diesem klar erklärt, dass er – Kuschke – von einem Rückgang der Einnahmen ausgehe, die im Augenblick kalkuliert würden.

In Vorlage 14/2957 für den Hauptausschuss sei die Entwicklung der Lottereeinnahmen dargestellt. Der Finanzminister habe bislang von den 77,8 Millionen € – die Summe der Sollansätze aus Fußball-Toto, KENO, Oddset, Losbriefflotterie und Spiel 77 – 72,9 Millionen € für das gesamte Jahr freigegeben. Aufgrund der Annahme, das vierte Quartal würde nicht so schlecht werden wie das zweite Quartal, komme das Finanzministerium zu dem Ergebnis, dass die Freigabe von 72,9 Millionen € in Ordnung gewesen sei. Es sei aber nicht die Rede davon, dass die Sollansätze von 77,8 Millionen € erreicht würden. – Seine, Kuschkes, Skepsis bleibe bestehen, und es vergehe auch kein Tag, an dem sich nicht einer der Destinatäre – der Deutsche Fußballbund oder wer auch immer – voller Sorge melde.

Zweitens. Obwohl die Koalition es wegen des Termins 9. Mai 2010 verhindern wolle, werde ein Nachtragshaushalt mit einer ganz anderen Größenordnung kommen müssen, als sie der der Finanzminister genannt habe: ein dreistelliger Millionenbetrag. Wie man angesichts der Größenordnungen, die von der Berliner Koalition auf den Weg gebracht würden, die Chuzpe für einen solchen „Geringrechnen-Vorgang“ haben könne, sei eine Lachnummer. Nicht alles werde man nach dem 9. Mai packen. Das würden die Bürgerinnen und Bürger nicht mitmachen. Man werde also völlig andere Haushaltsberatungen führen.

Drittens. Er könne sich nicht erinnern – sein Gedächtnis reiche bis 1985 zurück –, dass die Regierung und die sie tragenden Fraktionen in diesem Stadium der Haushaltsberatungen in einer derartigen Ausführlichkeit Stellung genommen hätten. Die Koalitionsfraktionen hätten schon in der Vergangenheit die Gelegenheit dazu gehabt, es werde eine zweite und eine dritte Lesung geben. Es scheine also zu diesem Haushalt Argumentationsnotwendigkeiten zu geben.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Mit Siggie Martsch und anderen ist schon stundenlang diskutiert worden!)

Er bitte den Minister, das nicht persönlich zu nehmen, aber „Peggy Martsch“, wie man ihn liebevoll genannt habe, habe einen gewissen Unterhaltungswert gehabt.

Viertens. Seit gestern lägen Pressemeldungen über die Ergebnisse der Überprüfung des Rechnungshofs der EU auf dem Tisch, was die Verausgabung von Fördergeldern im vergangenen Jahr anbelange. Er sage ausdrücklich, dass im Bereich der Agrarfördermittel im Gegensatz zu früheren Jahren ein relativ geringer Prozentsatz –

wohl nur 2 % – zurückgefordert werden müsse, weil die Gelder nicht formgerecht verausgabt worden seien. Insofern scheine es in dem Bereich eine positive Entwicklung gegeben zu haben. Er – Kuschke – bitte um Auskunft, ob auch konkrete Projekte in Nordrhein-Westfalen betroffen seien. Wenn das jetzt nicht möglich sei, bitte er um schriftliche Beantwortung – gegebenenfalls mit dem Hinweis, dass sich daraus Auswirkungen auf den Haushalt ergäben.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** schließt sich der Meinung von Wolfram Kuschke an, dass man über einen Haushalt rede, der, wenn man die Zeichen am Horizont sehe, wahrscheinlich in weiten Teilen Makulatur sei. Insofern müsse man noch einmal an die Grunddaten erinnern. 2010 werde unter Schwarz-Gelb ein Haushaltsjahr mit der höchsten Nettoneuverschuldung, die es in diesem Lande je gegeben habe, sein.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das ist richtig!)

Die Landesregierung sei angetreten, den Schuldenberg abzubauen. Stattdessen seien Schulden angehäuft worden; so viele Schulden habe es noch nie gegeben. 2004/2005 habe es in der Bundesrepublik 5 Millionen und in NRW 1 Million Arbeitslose gegeben – mit all den Auswirkungen. Hoffentlich werde es nicht in die Richtung gehen. Aber jetzt sei die Nettoneuverschuldung schon größer als damals, obwohl die Zahl der Arbeitslosen die Million noch nicht erreicht habe.

(Clemens Pick [CDU]: Das stimmt doch einfach nicht!)

Deshalb sei Schwarz-Gelb die Schuldenregierung dieses Landes. Wenn man die Zahlen genau betrachte, würden dem Landeshaushalt durch die schwarz-gelbe Koalition in Berlin 885 Millionen € entzogen – mehr als der gesamte Etat des Umweltministeriums. Was man mit diesem Geld alles tun könnte, habe er versucht, wenigstens ansatzweise auszuführen.

Zu der Mär, die Grünen wollten die Landwirtschaftskammer abschaffen, wolle er klarstellen, die Landwirtschaftskammer nicht abschaffen zu wollen, sondern eine Trennung zwischen staatlichen oder hoheitlichen Aufgaben und privaten oder wirtschaftlichen Aufgaben anzustreben, wie es auch in anderen Kammerbereichen der Fall sei.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das ist Abschaffung!)

Das sei keine Ungehörigkeit, die Frage zu stellen, die auch im Bauernverband diskutiert werde. Dieser Weg sei durch Gutachten, die es seinerzeit dazu gegeben habe, vorgezeichnet.

Die Grünen wollten auch die Landesgartenschauen nicht abschaffen, sondern hielten sie für eine originäre Aufgabe der Wirtschaftsförderung. Wenn dafür ein Bedarf gesehen werde, solle dieser auch aus Wirtschaftsfördermitteln und nicht aus dem Bereich Umwelt und Naturschutz finanziert werden.

Zu dem Wortbeitrag „Alter Wein – die Anträge der Grünen – in neuen Schläuchen“ von Friedhelm Ortgies: Wenn die Regierungskoalition den Anträgen der Grünen in den letzten Jahren zugestimmt hätte, brauchte man sie nicht erneut zu stellen. Man könne nicht jedes Jahr das Rad neu erfinden. Die Anträge machten deutlich, dass

die Grünen in eine andere Richtung wollten. Solange es diese Richtung nicht gebe, müsse man Anträge stellen. Man gehe davon aus, dass es ab dem 9. Mai in diese Richtung gehen werde. In Vorbereitung darauf – Opposition sei immer Regierung im Wartestand – habe man diese Anträge erarbeitet.

So begrüßenswert die Verabredungen in den Bereichen Verbraucherberatungsstellen, Verbraucherschutz und Biologische Stationen auch seien, wenn man sie auf ihren Kern reduziere, gelte aber nach wie vor das Jährlichkeitsprinzip des Haushalts. Unter Rot-Grün seien diese Verabredungen nicht nötig gewesen, weil die Institutionen nicht infrage gestellt worden seien.

(Rainer Deppe [CDU]: Sie haben doch gekürzt!)

Bei diesen Verabredungen sei es um die Einfriedung der FDP gegangen. Die Aussagen von Holger Ellerbrock zur Abschaffung der Biologischen Stationen seien ihm – Remmel – noch in Erinnerung. Holger Ellerbrock habe eine Kürzung gefordert, aber nicht um 10 %, sondern auf 10 %. Bei den Verbraucherberatungsstellen sei das nicht viel anders gewesen; sie hätten irgendwie privat finanziert werden sollen. Die Leistung des Ministers und der CDU liege darin, die Einfriedung der FDP erreicht zu haben, wenn auch auf einem niedrigem Niveau der Mittel. Dazu habe man diese Vereinbarung gebraucht, die als langfristige finanzielle Absicherung gefeiert worden sei. Letztlich sei es darum gegangen, der FDP mit ihren Vorstellungen den Wind aus den Segeln zu nehmen.

In Titel 883 82 auf S. 99 seien im Rahmen des Naturschutzhaushalts insgesamt über 5 Millionen € vorgesehen, insbesondere für die Projektunterstützung Regionale 2010. Er gehe davon aus, dass sich dahinter der Nationalpark Siebengebirge verberge.

(MR Gerhard Noetzel [MUNLV]: Nein!)

Er bitte um Erläuterung, ob das nach wie vor Bestand habe oder ob das hinfällig geworden sei.

**Holger Ellerbrock (FDP)** äußert, Wolfram Kuschke und Johannes Remmel hätten die bedrückende Haushaltssituation angesprochen und meinten, es werde einen Nachtragshaushalt geben. Er – Ellerbrock – habe sich damals mit der Kritik an Rot-Grün zurückgehalten, weil er nicht wisse, wie man es selbst hätte anders machen können. Man könne doch in der jetzigen Zeit einen Haushalt nur auf den bekannten Rahmendaten aufstellen. Schwarz-Gelb mache es anders als Rot-Grün, das stimme. Man schaue der Realität ins Auge, habe versucht zu sparen und das auch geschafft. Bei Rot-Grün habe es immer optimistische Ansätze bei den Steuereinnahmen und pessimistische Ansätze bei den Ausgaben gegeben.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das macht ihr genauso!)

Im Plenum hätten CDU und FDP dann argumentiert, das werde so nicht kommen, aber Rot-Grün habe dagegehalten, das komme so. Das habe er – Ellerbrock – fünf Jahre lang miterlebt. Man müsse zugeben, das habe die neue Regierung nicht so gemacht.

Im letzten Jahr hätte man eine schwarze Null erreicht, wenn die Bankenkrise, die Sache mit der WestLB nicht dazwischengekommen wäre. Die Geschichte mit der WestLB sei Schwarz-Gelb von Rot-Grün als Abfallprodukt überwältigt worden.

Zur Förderung der Landesgartenschauen könne man eine unterschiedliche Meinung haben. Er habe in Erinnerung, dass 1 € Landeszuschuss vor Ort einen Rückfluss von 2 € in Form von Umsatz bedeute.

(Minister Eckhard Uhlenberg: 1:3!)

Die Idee von Johannes Rimmel, bei der Landwirtschaftskammer zwischen öffentlicher und nichthoheitlicher Aufgabe zu trennen, sei nicht von der Hand zu weisen. Dem könnte er – Ellerbrock – sich nähern. Aber eigentlich stecke dahinter, die Landwirtschaftskammer nicht zu wollen. Wenn man den Weg der Grünen weitergehen wolle, müsste man eine staatliche Landwirtschaftsverwaltung aufbauen. Das sei mit Sicherheit teurer als der Kooperationsweg.

Johannes Rimmel habe davon gesprochen, dass es keine tolle Leistung gewesen sei, bei den Biologischen Stationen und der Verbraucherzentrale für eine sichere Kalkulationsgrundlage zu sorgen. Das Jährlichkeitsprinzip gelte immer noch. – Wenn das so einfach gewesen wäre, verstehe er nicht, warum Johannes Rimmel seiner eigenen Klientel die erniedrigende jährliche Kündigung mit Neueinstellung nicht erspart habe. Die CDU/FDP-Koalition dagegen habe den Mut gehabt, für fünf Jahre eine politische Aussage zu treffen. Er gebe Johannes Rimmel recht, wenn man das mit Verpflichtungsermächtigungen, rechtlich einklagbar, absichern könnte, wäre ihm – Ellerbrock – das noch lieber. Aber ein konkreter Schritt, die politische Zusage für die nächste Legislaturperiode, sei besser als ein Wolkenkuckucksheim, das man nicht durchsetzen könne.

Mit den Biologischen Stationen habe er im Übrigen seinen Frieden längst gemacht; er sponsere dort drei Schafe, die mit dem Namen seiner Frau herumlaufen. Er habe auch keine Probleme gehabt, deutlich zu sagen, dass die Arbeit der Verbraucherzentralen auch bei den Liberalen Anerkennung finde. Mehr könne man nicht erwarten.

**Minister Eckhard Uhlenberg** geht noch auf einige Punkte ein.

Man wolle aufmerksam verfolgen, wie es mit der Stiftung weitergehe. Er habe sich eben auf Herrn Wortmann bezogen, der für die nächsten Jahre eine optimistische Prognose abgegeben habe. Es sei im Interesse aller, dass dies eintrete.

(Wolfram Kuschke [SPD]: Ja!)

Außerdem sei nach dem Rechnungshof gefragt worden. Was sein Haus angehe, lägen noch keine Informationen vor. Dem Ausschuss würden die Unterlagen zur Verfügung gestellt, sobald sie dem MUNLV zugänglich seien.

Wenn Johannes Rimmel das alte Kunstwerk der Finanzen der rot-grünen Landesregierung zelebriere, wolle er – Uhlenberg – darauf hinweisen, dass Schwarz-Gelb mit

der Nettoneuverschuldung unter der alten Nettoneuverschuldung aus dem Jahre 2005 bleibe – trotz Wirtschafts- und Finanzkrise.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Real nicht!)

Das sei eine besondere Leistung. Man müsse sich einmal vorstellen, wo man 2010 stehen würde, wenn man in den vergangenen Jahren nicht all die Anstrengungen unternommen hätte, um die Nettoneuverschuldung von damals 6,9 Milliarden € zu senken.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Sie hatten 1 Milliarde € mehr Einnahmen; dann ist das keine Kunst! Sie haben keinen einzigen Groschen gespart!)

Diese höhere Verschuldung sei richtig, um die Konjunktur zu stützen und die Maßnahmen entsprechend gegenzufinanzieren. Das sei in Nordrhein-Westfalen nicht anders als auf Bundesebene; der frühere Finanzminister Steinbrück habe auf Bundesebene ähnliche Zahlen vorgelegt. Wenn man diese Anstrengungen in den vergangenen Jahren nicht vorgenommen und den alten Kurs beibehalten hätte, läge man heute möglicherweise bei einer Nettoneuverschuldung von 13 Milliarden € und nicht bei 6,7 Milliarden €, die für das Jahr 2010 niedergeschrieben seien.

Bei der Agrarverwaltung wolle man gerne den Zusammenhang mit der Selbstverwaltung erhalten. Die Zahlungen für die Landwirtschaftskammer seien nicht gegriffen. Die frühere rot-grüne Landesregierung habe noch ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Grundlage für die Finanzzuweisungen an die Landwirtschaftskammer sei, und zwar nur für den Teil der staatlichen Agrarverwaltung.

Zum Thema Landesgartenschau sei genug gesagt worden.

Die angesprochenen Mittel in Höhe von 5 Millionen € seien nicht für den Nationalpark Siebengebirge gedacht, den sein Haus sehr befürworte, sondern für Maßnahmen im Rahmen der Regionale 2010. Bei Gelegenheit könne man gerne einen Katalog zur Verfügung stellen, welche Einzelmaßnahmen daraus finanziert würden.

**Vorsitzende Marie-Luise Fasse** ruft die Einzelberatung der Änderungsanträge der Grünen zum Einzelplan 10 auf. Auf Wunsch von Johannes Remmel würden die Anträge einzeln abgestimmt.

(Die Anträge sind in Vorlage 14/2973 aufgelistet; die Nummern der Anträge entsprechen den Seitenzahlen dieser Vorlage. Im Folgenden werden nur die Anträge ausführlich aufgeführt, zu denen eine Diskussion stattfindet.)

Die Anträge Nr. 1 bis Nr. 3 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt

Die Anträge Nr. 4 und Nr. 5 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen abgelehnt.

Die Anträge Nr. 6 bis Nr. 9 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

### **Antrag Nr. 10 (GRÜNE)**

Kapitel 10 020 – Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 72 – Stiftung für Umwelt und Entwicklung (S. 70)

Erhöhung des Ansatzes um 500.000 € auf 2.871.300 €

**Johannes Remmel (GRÜNE)** betont, die Stiftungsmittel und die Lottoeinnahmen gingen zurück. Mit diesem Antrag wollten die Grünen eine zumindest gleichbleibende Finanzierung für die nächsten Jahre sicherstellen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen werde man noch auf dieses Thema zurückkommen, um einen Gesamtvorschlag zu machen, wie künftig die Destinatäre, auch der Umwelt- und Naturschutzbereich, dauerhaft abgesichert werden müssten, weil es hier ähnliche Anforderungen gebe wie in anderen Bereichen, in denen es solche dauerhaften Zusagen gebe.

Die Anträge Nr. 10 bis Nr. 22 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

### **Antrag Nr. 23 (GRÜNE)**

Kapitel 10 090 – Zuschüsse der Europäischen Gemeinschaft (EG)

Titelgruppe 70 – Schulobstprogramm (Landesanteil) (S. 176)

Erhöhung des Ansatzes um 2 Millionen € auf 2 Millionen €

**Johannes Remmel (GRÜNE)** weist darauf hin, dass dieser Antrag, gestellt aufgrund einer aktuellen Diskussion, bisher noch nicht beraten worden sei. Ihm liege bis heute kein Vorschlag der Koalitionsfraktionen vor, den zu diesem Thema in den Landtag eingebrachten CDU/FDP-Antrag auch umzusetzen. Der Minister habe angekündigt, das irgendwie finanzieren zu wollen. Dabei sei nicht klar geworden, ob das aus allgemeinen Haushaltsmitteln geschehen solle oder durch Umschichtung im Umweltministerium. Auch die Ergänzungsvorlage enthalte dazu nichts.

Er hätte nichts gegen einen gemeinsamen Antrag. Die Grünen würden ihren Antrag aber auch zurückziehen, wenn die Koalitionsfraktionen ihn übernehmen wollten. Dieser Antrag unterstreiche die Glaubwürdigkeit des Ausschusses und das Anliegen, indem er das Programm mit der notwendigen Kofinanzierung durch das Land versee.

**Svenja Schulze (SPD)** macht darauf aufmerksam, dass alle dafür gewesen seien, dieses Schulobstprogramm voranzutreiben. Im Schulausschuss sei heute Morgen gesagt worden, dass es in der Ergänzungsvorlage dafür eine Finanzierung gebe.

(MR Gerhard Noetzel [MUNLV] schüttelt den Kopf.)

Sie bitte um Klarstellung; sie habe in der Kürze der Zeit in der Ergänzungsvorlage nichts dazu gefunden.

**Minister Eckhard Uhlenberg** bestätigt, das stehe nicht in der Ergänzungsvorlage. Aber da der Haushaltsplan erst dann verabschiedet sei, wenn es im Plenum die zweite oder gegebenenfalls auch die dritte Lesung gegeben habe, sei er guten Mutes, eine entsprechende Kofinanzierung zu bekommen, weil das Schulobstprogramm für ihn einen hohen Stellenwert habe. Im Hinblick auf die Beratungen im Plenum – vorher tage auch der Haushalts- und Finanzausschuss – werde es wohl eine Lösung geben. Es sei auch früher üblich gewesen, im Laufe des weiteren Beratungsverfahrens noch Anträge zu stellen. Es laufe noch ein Abstimmungsprozess zwischen der Landesregierung und den Fraktionen; man sei aber auf einem guten Wege. Die Opposition könne schon einmal verkünden, es sei davon auszugehen, dass das Schulobstprogramm in Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern zur Anwendung komme.

**Friedhelm Ortgies (CDU)** bekräftigt für die CDU, das Schulobstprogramm durchführen zu wollen. Andere Ausschüsse seien mitbeteiligt. Man werde wohl bis zu den Schlussberatungen des Haushalts Anfang Dezember zu einer Lösung kommen. Den heutigen Antrag werde man ablehnen und den Antrag der Koalitionsfraktionen passend zur entsprechenden Plenarsitzung vorlegen.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** deutet die verklausulierten Äußerungen des Ministers so, dass er sich bisher im Kabinett in der Frage nicht habe durchsetzen können und auf die Unterstützung der Koalitionsfraktionen hoffe. Wenn die Koalitionsfraktionen auch nur einen Funken Mut hätten, würde sie diesen Antrag heute beschließen – die Mehrheiten in diesem Ausschuss wären sehr breit –, um für die Beratungen Pflöcke zu setzen.

**Holger Ellerbrock (FDP)** fordert Johannes Remmel auf, einen Funken Mut zu zeigen, den Antrag zurückzuziehen und darauf zu vertrauen, dass diese Koalition der Stabilität und der Erneuerung eine solide, langfristig orientierte Finanzierung des Schulobstprogramms sicherstellen werde. Er sei gerne bereit zuzusagen, in einer Plenardebatte eine positive Wertung der Initiative von Johannes Remmel vorzunehmen. Man werde die Grünen sogar einladen, diesem Finanzierungsvorschlag zuzustimmen.

**Minister Eckhard Uhlenberg** erwidert, der Minister sei im Kabinett natürlich nicht gescheitert. Es gebe noch Abstimmungsgespräche zwischen den Häusern – auch mit dem Finanzminister. Bis zur Verabschiedung des Haushaltsplans sei das klar.

**Johannes Remmel (GRÜNE)** fragt, ob die von ihm genannte Summe annähernd richtig sei.

(Zustimmung von MR Gerhard Noetzel)

**Svenja Schulze (SPD)** bedauert, dem Antrag wegen fehlender Abstimmung mit ihrer Fraktion nicht zustimmen zu können; sie werde sich enthalten.

Die Anträge Nr. 23 bis Nr. 26 (GRÜNE) werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

#### **Antrag Nr. 27 (GRÜNE)**

Kapitel 10 400 – Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz

Titel 099 00 – Kiesabgabe (S. 224)

Erhöhung des Ansatzes um 60 Millionen € auf 60 Millionen €

**Johannes Remmel (GRÜNE)** stellt fest, die Grünen legten keinen besonderen Wert darauf, die Idee der Kiesabgabe in die Diskussion gebracht zu haben. Vielmehr werde die Frage, wie zukünftig eine Regulierung des Kiesabbaus am Niederrhein stattfinden werde, auch in der CDU in aller Breite diskutiert. Es gebe verschiedene Beschlüsse, die auch von der CDU mitgetragen würden, in denen gerade diese Abgabe gefordert werde, um zumindest annähernd eine Wettbewerbssituation herzustellen. Er – Remmel – meine, dass auch die FDP diesem Gedanken sowohl im Regionalrat als auch im RVR nähergetreten sei und die entsprechenden Beschlüsse unterstützt habe. Die Kiesabgabe sei keineswegs eine Ausgeburt grüner Parteitagebeschlüsse, sondern eine in der Region sehr breit diskutierte Idee, wie zusammen mit anderen Maßnahmen halbwegs eine Wettbewerbsgleichheit, zum Beispiel mit den Niederlanden und den dortigen Rahmenbedingungen, hergestellt werden könnte. Dieser Diskussion werde sich die Koalition, auch wenn sie den Antrag heute ablehnen werde, nicht dauerhaft entziehen können.

Der Antrag Nr. 27 der Grünen wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der SPD abgelehnt.

In der Gesamtabstimmung wird der Einzelplan 10 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen unverändert angenommen.

Ausschuss für Umwelt und Naturschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
74. Sitzung (öffentlich)

11.11.2009

mr-hoe

**Johannes Remmel (GRÜNE)** gibt zur Kenntnis, dass die Grünen den Antrag, gestellt im Rahmen der Beratungen zum Wasserentnahmeentgelt in dem entsprechenden Ausschuss – nicht hier im Umweltausschuss –, dort noch mit einem Haushaltsantrag untermauern würden, um die ursprüngliche Summe auf der Grundlage des alten Gesetzes wieder einzufügen.

Der Einzelplan 03 – Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz – wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.